



Haushalts- und Finanzausschuss

90. Sitzung (öffentlich)

12. März 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:00 Uhr bis 15:50 Uhr

Vorsitz: Anke Brunn (SPD)

Protokoll: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1 Aktuelle Situation bei der WestLB AG	6
Bericht des Finanzministers	
– Bericht von Minister Dr. Helmut Linssen (FM)	6
– Aussprache	8

2 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Nachtragshaushaltsgesetz 2009) 28

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/8650

In Verbindung mit:

Gesetz zur Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/8644

Erster Beratungsdurchgang

3 Gesetz zur Stärkung der Personalhoheit der Kommunen in Nordrhein-Westfalen 32

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7792

Ausschussprotokoll 14/822

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen der SPD und der Grünen, den **Gesetzentwurf Drucksache 14/7792** unverändert **anzunehmen**.

Berichterstatterin: Angela Freimuth (FDP)

4 Es brennt bei der Feuerwehr! Kostendämpfungspauschale sozial gestalten! 34

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/8082 – Neudruck

Der **Ausschuss lehnt** den **Antrag Drucksache 14/8082 – Neudruck** – mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimme der Fraktion der Grünen bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD **ab**.

5 Vergleichbare Kommunen in Ost und West gleich behandeln: Sonderzuweisungen und Altschuldenhilfe für strukturschwache NRW-Kommunen ermöglichen, kommunale Belastung für Einheitslasten zurückführen **36**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/7348

Ausschussprotokoll 14/809

Der **Antrag** von Ewald Groth (GRÜNE), **auf ein Votum** zu dem Antrag Drucksache 14/7348 **zu verzichten**, wird mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen **abgelehnt**.

Sodann **lehnt** der Ausschuss den vom Abgeordneten Ewald Groth (GRÜNE) zur Abstimmung gestellten **ersten Teil des Abschnitts VIII des Antrages Drucksache 14/7348 bis zum Ende des Punktes a)** mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen **ab**.

Anschließend wird die **Gesamtfassung des Antrages Drucksache 14/7348** mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen **abgelehnt**.

6 Ehrenamtliches Engagement für Bildungseinrichtungen fördern und steuerlich honorieren **40**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/7667

Der Ausschuss **beschließt** einstimmig, zu dem Antrag **kein Votum abzugeben**.

7 Keine Hilfen für Banken ohne einen neuen Ordnungsrahmen für die Finanzmärkte 41

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/7680

Ausschussprotokoll 14/820

Der Ausschuss **empfiehlt** dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimme der Fraktion der Grünen bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD, den **Antrag Drucksache 14/7680 abzulehnen.**

8 Noch nicht genehmigte über- und außerplanmäßige Ausgaben im Haushaltsjahr 2007 42

Vorlage 14/2448

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen der SPD und der Grünen, die in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben **zu genehmigen.**

Berichterstatter: Volkmar Klein (CDU)

9 Aktueller Sach- und Verfahrensstand der Beratungen zur Föderalismusreform II 43

Bericht des Finanzministers

Minister Dr. Helmut Linssen (FM) gibt seinen Bericht zu Protokoll (*siehe Anlage*)

10 Beteiligungsbericht der Landesregierung Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2007 44

Vorlage 14/2437

Der Ausschuss nimmt den Bericht ohne Diskussion zur Kenntnis.

3 Gesetz zur Stärkung der Personalhoheit der Kommunen in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7792

Ausschussprotokoll 14/822

Vorsitzende Anke Brunn teilt mit, der Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform habe am 11. März 2009 den Gesetzentwurf mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Stimmenthaltung der Oppositionsfraktionen angenommen. Der Innenausschuss habe im Interesse einer zügigen Abwicklung auf ein Votum verzichtet.

Norbert Post (CDU) möchte zu dem Gesetzentwurf noch wissen, ob nun sichergestellt sei – und ob es dazu gegebenenfalls einen Erlass oder die Zustimmung des Innenministeriums geben werde –, dass auch die Haushaltssicherungskommunen die leistungsorientierte Bezahlung vornehmen könnten, sodass in allen Kommunen eine Gleichbehandlung erfolgen könne.

LMR Stefan Mnich (IM) kann zusagen, dass es nach Inkrafttreten des Gesetzes einen Erlass des Innenministeriums geben werde, der es den Nothaushaltskommunen ermögliche, die für die leistungsorientierte Bezahlung aufzuwendenden Mittel im Rahmen des personalbezogenen Budgets bereitzustellen.

Hans-Willi Körfges (SPD) glaubt, dass das beabsichtigt sei, hätte es aber im Hinblick auf die Erfahrungen, die man in letzter Zeit mit dem Innenminister habe sammeln dürfen, gerne etwas konkreter. Wenn das danebengehen sollte, ergäbe sich in allen Nothaushaltskommunen eine sehr schwierige Situation.

LMR Stefan Mnich (IM) kann die Zusage nur wiederholen. Das Innenministerium könne keinen Erlass machen, solange es das Gesetz noch nicht gebe. Nach Veröffentlichung des Gesetzes werde das aber sehr schnell geschehen.

Er würde es begrüßen, wenn man sich an geeigneter Stelle mit dem Erlass beschäftigen könnte, meint **Hans-Willi Körfges (SPD)**. Es gebe ja von den Beschäftigten und den kommunalen Spitzenverbänden viel Unterstützung für das Vorhaben, aber nur unter der Voraussetzung, dass das für alle gleichermaßen gelte.

Angela Freimuth (FDP) hat keinen Zweifel daran, dass das so geschehen werde, wie der Vertreter des Innenministeriums es dargelegt habe.

Generell meine sie, dass es bei bestimmten Gesetzesvorhaben hilfreich sein könnte, auch die Vorüberlegungen für die Herausgabe von Erlassen bereits in das Gesetz-

gebungsverfahren einfließen zu lassen. Vielleicht könne man dafür nach geeigneten Wegen suchen; dies würde sicherlich zu einer Versachlichung der Diskussion führen.

Vorsitzende Anke Brunn dankt für diese hilfreiche Anregung. Wenn solche Hinweise zukünftig eher gegeben würden, wäre das für die Diskussion sicherlich vorteilhaft. Zu berücksichtigen sei, dass die Sachverständigen nur zu dem Stellung nehmen könnten, was schriftlich vorliege.

Angela Freimuth (FDP) stellt klar, dass ihre Anregung nicht auf diesen speziellen Fall gemünzt, sondern grundsätzlich gemeint sei. Zu diesem Gesetzentwurf sei ihres Wissens im Fachausschuss frühzeitig ein entsprechender Hinweis gegeben worden.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen der SPD und der Grünen, den **Gesetzentwurf Drucksache 14/7792** unverändert **anzunehmen**.

Berichterstatterin: Angela Freimuth (FDP)